

## Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland

### I. Theoretische Erklärungsmodelle für Wahlverhalten

#### 1. Soziologische oder sozialstrukturelle Ansätze

##### 1.1 Mikrosoziologisches Erklärungsmodell (Lazarsfeld/Columbia School, 1940er)

- Grundlage: *Theorie der sozialen Kreise* (Simmel 1890)
  - Einbindung eines jeden Menschen/Wählers in mehrere soziale Kreise (Familie, Freunde, Arbeitsplatz etc.), an deren jeweils charakteristischen Normvorstellungen er seine Entscheidungen über Anpassungsdruck/Harmoniebedürfnis ausrichtet
- Wahlverhalten
  - *Index der politischen Prädisposition*: je stärker sich verschiedene Gruppenmitgliedschaften des einzelnen im Sinne politischer Homogenität decken, desto wahrscheinlicher geht seine Wahlentscheidung in die durch entsprechende Gruppennormen vorgegebene Richtung
    - Kriterien: 1) sozio-ökonomischer Status, 2) Religionszugehörigkeit und 3) Wohngegend
  - *cross-pressure*-Situationen: wo sich gegensätzliche soziale Einflüsse überkreuzen (Bsp.: zugleich kirchlich und gewerkschaftlich gebundene katholische Arbeiter), führt dies zu vergleichsweise inkonsistentem Wahlverhalten, geringerem politischen Interesse und niedrigerer Wahlbeteiligung

##### 1.2 Makrosoziologisches Erklärungsmodell/Konfliktlinienmodell (Lipset/Rokkan, 1960er)

- Grundlage: *Parsons' Klassifikation sozialer Systeme*
  - Vorhandensein grundsätzlicher innergesellschaftlicher Konflikte, die es auszubalancieren gilt
- Konfliktlinienmodell nach Lipset und Rokkan (bezogen auf Europa)
  - territoriale Dimension (Nation/Peripherie) > Nationenbildung 18./19. Jh.; funktionale Dimension (Ökonomie/Ideologie) > industrielle Revolution 19. Jh.
  - grundlegende Spaltungen innerhalb einer Gesellschaft, sogenannte *cleavages*, bilden Grundlage für die Herausbildung nationaler Parteiensysteme
    - 1) herrschende vs. abhängige Kultur    2) Kirche vs. Staat
    - 3) Landwirtschaft vs. Industrie        4) Arbeit vs. Kapital
- Wahlverhalten
  - in gesellschaftliche Konflikte involvierte Individuen bilden Gruppen um gemeinsame Interessen, diese wiederum gehen langandauernde Koalitionen mit bestimmten politischen Parteien ein
  - Wahlverhalten abhängig von Bindungskraft gesellschaftlicher Großgruppen (Gewerkschaften, Kirchen) gegenüber ihren Stammwählern

#### 2. Sozialpsychologischer Ansatz (Michigan School, 1950er)

- *Determinanten-Trias* (zurückgehend auf empirische Studien der 40er/50er Jahre)
  - 1) *Parteiidentifikation* (PI)
    - psych. Parteimitgliedschaft als Summe der für das Individuum relevanten, vorgelagerten Faktoren (persönliche Erfahrungen, politische Orientierungen > *Kausalitätstrichter*)
    - langfristig angelegt, relativ stabil, wirkt als Filter bei der Wahrnehmung und Einschätzung kurzfristiger Einflüsse
    - Partei, mit der man sich identifiziert, dient als Bezugsgruppe, sorgt vor allem bei politisch weniger Interessierten für längerfristige Verhaltenskonsistenz
  - 2) Orientierung an Sachthemen (*issues*)
    - kann ebenso wie 3) als kurzfristiger Einflußfaktor zu Abweichungen im Wahlverhalten führen; Auswirkungen jedoch tendenziell geringer
    - *position issues*: gegensätzliche Politikziele; *valence issues*: unterschiedliche Lösungsansätze
  - 3) *Kandidatenorientierung*

- Wahlverhalten
  - Unterscheidung einer längerfristigen, durch Parteiidentifikation beschriebenen Einflußkomponente und kurzfristiger, auf die zur Wahl stehenden Kandidaten/streitige politische Konzepte bezogene Einflußfaktoren ermöglicht differenzierte Analyse von Wählerverhalten
  - Verknüpfung
    - Normalwahl (*normal vote*): Kandidaten-/Issueorientierung mit PI deckungsgleich
    - *divided vote* (vgl. *cross pressure*): konfligierende Einflußfaktoren > Nichtwahl/Unschlüssigkeit/Stimmabgabe für verschiedene Parteien

### 3. Rational-Choice-Ansätze

- Ziel: Erklärung politischen Verhaltens als Anpassung an variierende politische Bedingungen (Parteiprogramme, Regierungserfolge etc.)
- Mittel: Anwendung der Entscheidungslogik moderner Wirtschaftstheorie auf die Erklärung/Vorhersage politischer Prozesse
  - Axiom des Rationalitätsprinzips: Individuen wählen in einer gegebenen Situation diejenige Verhaltensalternative, von der sie den größten Nutzen erwarten (*Kosten-Nutzen-Rechnung*)
    - Voraussetzung: Erstellen einer Präferenzordnung
  - Downs' ökonomische Theorie der Demokratie (1957)
    - *Parteien*: wollen Wahlen gewinnen, weshalb sie Programme entwickeln, die ihnen helfen sollen, Wählerstimmen zu gewinnen > müssen Präferenzen der Wähler berücksichtigen
    - *Wähler*: *homo oeconomicus*, verhält sich dann rational, wenn er für die Partei stimmt, von der er glaubt, daß sie am ehesten seine individuellen Ziele zu realisieren vermag
      - Nutzen-/Parteidifferential: Vergleich der erwarteten zukünftigen Leistungen der konkurrierenden Parteien über retrospektive Leistungsbeurteilung gegenwärtiger/früherer Regierungen
      - Wähler benötigt zur Maximierung des Eigennutzens idealerweise vollständige Informationen
    - Ergebnis: Wahlverhalten bei relativ stabiler Präferenzordnung der Wähler im wesentlichen von Änderungen in der Wahrnehmung der Parteipositionen abhängig

## II. Erklärungsmodelle des Wertewandels

- stellen einen bestimmten Einflußfaktor von Wahlverhalten in den Mittelpunkt, der von bisherigen Modellen noch als implizit verstanden wurde
  - vgl. soziologische Modelle: Werte als sekundäres Merkmal sozialer Gruppen; durch Wertewandel brechen alte Gruppenbindungen auf, neue Gruppen definieren sich über Werte als primäres Merkmal
  - vgl. sozialpsychologischer Ansatz: Werte vertreten im Rahmen der Parteiidentifikation
  - vgl. RC-Ansätze: basieren auf der Annahme relativ stabiler Präferenzordnung
- Wertewandel-Modelle können aufgrund ihrer Verkürzung auf einen Einzelspekt keine Alleingültigkeit beanspruchen, sondern sind immer im Kontext mit anderen Ansätzen zu sehen

### 1. Postmaterialismus-Theorie (Inglehart/70er)

- Beobachtung: „*stille Revolution*“ in Form eines tiefgreifenden, jedoch relativ lautlosen Wandels der Wertorientierungen: materialistische > postmaterialistische Werthaltungen
- Erklärungsmodell
  - *Mangelthese* (in Anlehnung an *Maslows* Bedürfnistheorie)
    - feste Rangordnung von Bedürfnissen und Werten
      - untere Ebene: physische Bedürfnisse (Sicherheits-/Versorgungs-) > *materialistisch*
      - obere Ebene: soziale Bedürfnisse/Selbstverwirklichung (Lebensqualität, Partizipation, ideell-ästhetische Bedürfnisse) > *postmaterialistisch*
    - je mehr die Bedürfnisse auf den unteren Ebenen befriedigt sind, desto mehr gewinnen höherwertige Bedürfnisse an Bedeutung
    - übertragen auf postindustrielle Demokratien: Grundbedürfnisse der Gesellschaft weitgehend befriedigt > Bedeutungszuwachs bei höheren Bedürfnissen
  - *Sozialisations-/Generationshypothese*
    - in der Jugendphase erfasene Sozialisationsprägung führt zur Ausbildung lebenslang stabiler Wertorientierungen/politischen Wertmustern
    - Wertewandel vollzieht sich primär über den Mechanismus der Generationenabfolge > politische Konflikte als Generationenkonflikte, Politik ohne direkte Einflußmöglichkeit

2. **Selbstentfaltung- vs. Pflicht- und Akzeptanzwerte (Klages/80er)**
  - Beobachtung: *Wertewandelschub* (Mentalitätswandel) Anfang der 60er bis Mitte der 70er bewirkt quantitative Annäherung/Vermischung zweier miteinander kontrastierender Wertegruppen
    - *Selbstentfaltungswerte*: heterogenes Spektrum von Werten wie Selbstverwirklichung, Lebensgenuß – Gleichheit, politische Partizipation
    - *Pflicht- und Akzeptanzwerte*: z.B. Ordnung, Disziplin, Pflichterfüllung
  - Erklärungsmodell
    - unterschiedliche Einflußfaktoren: sozio-ökonomisch (vgl. Inglehart): Wohlstandsentwicklung, Ausbau des Sozialstaats; Medien- und Bildungsrevolution; Individualisierungsschub der Moderne
    - *Lebenszyklusthese*
      - altersmäßige Lebenssituation bedingt Wandel/Anpassung persönlicher Wertorientierungen (Übernahme von Verantwortungsrollen)
      - Wertewandel als abhängige Variable des politischen Willensbildungsprozesses, läßt Spielraum für politische Beeinflussung gesellschaftlicher Entwicklungen
    - Betrachtung von Mischtypen („aktive Realisten“ > Wertsynthese) ermöglicht Differenzierung
3. **Aussagen der Wertewandeltheorien mit Hinblick auf Wähler-/Wahlverhalten**
  - Zusammenhang: Wahlentscheidungen sind in gewisser Weise immer auch Wertentscheidungen; Veränderungen der Wertstrukturen bewirken Veränderungen im Wahlverhalten
    - Einschätzung von themenbezogenem Handlungsbedarf/Problemlösungskompetenz der Parteien
  - *Dalton/Hildebrandt* (in Anlehnung an Inglehart/Untersuchungszeitraum 1970-76)
    - Unterscheidung in „*Alte Politik*“: an materialist. Werten (Wirtschaft, Sicherheit) orientiert und „*Neue Politik*“: auf postmaterialist. Werte (Selbstverwirklichung, Lebensqualität) gerichtet
    - neue wertbestimmte Konfliktlinie tritt neben alte (Links – Rechts, Arbeiter – Mittelstand) und führt zu neuen Partei- und Wählerkonfigurationen > vgl. Erfolge der GRÜNEN als politische Repräsentanten des Postmaterialismus (Bürklin)

- 50er/60er
  - durch programmatische Öffnungen erweitern beide Parteien ihre Wählerbasis, entwickeln sich zu Volksparteien, FDP als Vertreterin des alten Mittelstands (Selbständige) dritte Kraft
- Ende 60er/Anfang 70er
  - gesellschaftlicher/industrieller Wandel bewirkt sozialstrukturelle Angleichung der Wählerschaften der beiden Volksparteien
  - Aufkommen sozialer Bewegungen (Bürgerinitiativen, lokale Netzwerke) in bewußter Distanz zu den etablierten Parteien fördert Lockerung traditioneller Loyalitäten
  - Etablierung der GRÜNEN führt zur Einführung der „ökologischen Konfliktdimension“
- seit Mitte der 80er
  - „Zweiblöckesystem“ (Jesse): Schwarz-Gelb vs. Rot-Grün

2. **Parteiidentifikation, Kandidatenorientierung, politische Streitfragen**
  - Befragungen seit der deutschen Einheit ergeben stabile persönliche Bindung an politische Partei bei zwei Dritteln der Wähler, Parteiidentifikation jedoch tendenziell abnehmend
    - seit Mitte der 70er deutlicher Mitgliederschwund in den Parteien, führt zu Aufwertung kurzfristig wirksamer Determinanten (Kandidatenorientierung, Problemlösungsfragen)
    - zunehmende Personalisierung, Mediatisierung, Professionalisierung von Wahlkämpfen
3. **Wertewandel**
  - Vertrauensentzug seitens der Wähler („Politikverdrossenheit“) führt zu Abschwächung langfristiger Parteiidentifikation, Wahlverhalten wird zunehmend taktisch-instrumentell
    - *Stimmen-splitting*
      - Anfang 60er: 5% der Wahlberechtigten, Anfang 80er 10%, 1998 20%
    - *Nichtwahl*
      - verändertes Profil der Nichtwähler: nicht nur desinteressierte Passive oder unzufriedene Protestwähler, sondern zunehmend auch gut informierte/engagierte Bürger enthalten sich
      - Gefahr: Destabilisierung des Systems durch Einflußgewinn populistischer/rechter Kräfte
    - *Wechselwähler*
      - Anteil der Wähler, die angeben, sich mit keiner Partei identifizieren zu können, steigt kontinuierlich an: von 13% im Jahr 1980 auf über 30% in den 90er Jahren
      - Anteil der Wechselwähler im engeren Sinn (Wähler, die bei zwei aufeinanderfolgenden Wahlen ihre Stimme verschiedenen Parteien gegeben haben): in den 60er Jahren 10%-15%, seit Mitte der 80er Jahre 15-20%
      - Veränderungen in West-D treten im Osten teilweise in verschärfter Form auf; als Ursache gilt u.a. die insgesamt schwächere Verankerung der (aus dem Westen importierten) Parteien in spezifischen Bevölkerungsgruppen, bedingt durch nivellierte ostdeutsche Sozialstruktur

### III. Erklärungsmodelle im Vergleich

	Erklärungskraft	Problemfelder
1. Soziolog.	- Wahlverhalten durch Gruppenzugehörigkeit determiniert („Stammwähler“)	- Voraussetzung sozialer Homogenität ➤ cross pressure-Situationen ➤ Abschwächung soz. Konfliktlinien
2. Soz.Psy.	- neben langfristigen, soziolog. Einflüssen werden auch kurzfristige, individuelle Faktoren (Kandidaten-/issue-Orientierung) berücksichtigt	- Gewichtung der Einzelfaktoren ➤ gegenseitige Beeinflussung ➤ Abweichungen von Wahl zu Wahl ➤ Operationalisierung (v.a. des Faktors Parteiidentifikation)
3. RC	- Begründung von Wahlverhalten allein aus der rationalen Entscheidung des Individuums heraus	- Übertragbarkeit von Marktverhalten auf politisches Verhalten - Voraussetzung vollständiger Information - univers. Einsetzbarkeit vs. Aussagekraft
4. WW	- Wahlverhalten durch Zugehörigkeit zu Wertegruppen bestimmt	- empirische Meßbarkeit tiefliegender Wertorientierungen - Hegemonie des Wertewandelprinzips

4. **Fazit**
  - Wähler zunehmend unabhängiger > politische Prognosen verlieren an langfristiger Aussagekraft
  - Trends: Erosion der Volksparteien, Parteienunmut/Politikverdrossenheit, Ausweichen zu Protestparteien, Wahlenthaltung, größere Beweglichkeit/Wechselwählerbereitschaft

### Literaturverzeichnis

- Aus Politik und Zeitgeschichte, Themenheft 41-42/2001.
- Beyme, Klaus von 1999: Das Politische System der BRD. Wiesbaden. S. 92-135.
- Bürklin, Wilhelm 1997: Demokratische Einstellungen im Wandel: Von der repräsentativen zur plebisziären Demokratie?. in: Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf, Hilke (Hrsg.): Eliten in Deutschland. Opladen.
- Falter, Jürgen W./Siegfried Schumann/Jürgen Winkler 1990: Erklärungsmodelle von Wählerverhalten. APuZ 37-38/90. S. 3-13.
- Hartenstein, Wolfgang 2002: Fünf Jahrzehnte Wahlen in der Bundesrepublik: Stabilität und Wandel. APuZ 21/02. S. 39-46.
- Hepp, G. 1994: Wertewandel. Politikwissenschaftliche Grundlagen. München/Wien. S. 11-45.
- Korte, Karl-Rudolf 2000: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Niedermayer, Oskar 2001: Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Roth, Dieter 1998: Empirische Wahlforschung. Opladen.

### IV. Wahlverhalten und Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland

1. **Sozialstruktur und Milieus**
  - noch heute lassen Wahlergebnisse Rückschlüsse auf die Existenz unterschiedlicher Stammwählerschaften der Parteien zu, ihre Anzahl und Bedeutung hat sich jedoch nicht zuletzt deshalb verringert, weil die entsprechenden Bevölkerungsgruppen kleiner geworden sind (vor allem die der Arbeiter)
  - chronologischer Überblick: Veränderungen im Parteiensystem
    - Frühphase der BRD
      - CDU/CSU: stützen sich auf Personen mit hoher Kirchenbindung, insbesondere Katholiken
      - SPD: hohe Stimmengewinne in gewerkschaftlich organisierter Arbeiterschaft